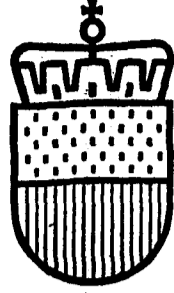


# Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich 6S 260.—, halbjährlich 6S 140.—, vierteljährlich 6S 70.—, monatlich 6S 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—, bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 119, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / 6S 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 119, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St.Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Donnerstag, 24. September 1970

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

103. Jahrgang — Nr. 143

## Tribüne der freien Meinung

«Sturheit und Dummheit»

«Verantwortungslos abgerutscht — amputierte Partei — grosschnauzig — recht maugig — Sturheit und Dummheit — Prothese der Bürgerpartei — Unwahrheiten über Unwahrheiten — mit der Würde einer liechtensteinischen Zeitung nichts mehr zu tun...»

Dieses Arsenal von Schimpfwörtern findet sich in den ersten dreissig Zeilen einer Entgegnung des Union-Organs vom Dienstag auf einen sehr massvollen Leitartikel des «Volksblatt» vom 19. September. Hoffentlich lassen Sie sich von dieser fragwürdigen Diktion des «Regierungsorgans» nicht herausfordern. Es gibt bei uns auch noch Leute, die nachdenken und sich selbst ein Urteil bilden. (gt)

## Diözese Chur

Ernennung des Administrationsrates

In der Folge der Neuorganisation der Finanzverwaltung der Diözese Chur wurde ein weiterer Schritt getan. Am 17. September 1970 trat der Administrationsrat zur konstituierenden Sitzung zusammen. Der Diözesanbischof konnte alle ernannten Mitglieder begrüßen. Der Auftrag des Administrationsrates ist im «Dekret des Bischofs von Chur über die Finanzverwaltung der Diözese», das am 19. März 1970 in Kraft trat, umschrieben (siehe SKZ Nr. 19/1970, S. 281). Bereits am 23. Juni wurde die Finanzkommission aus den Delegierten bestellt, die von den Regierungen oder kantonalkirchlichen Instanzen der Diözesankantone und des Fürstentums Liechtenstein dazu bestimmt wurden. Diese hatten damals den Auftrag mitbekommen, aus den drei Generalvikariaten: Region Graubünden, Liechtenstein, Glarus, Region Urschweiz und Region Zürich Vorschläge von Laienvertretern in den Administrationsrat vorzubereiten. Die Liste der Vorschläge erlaubte dem Bischof die Ernennung der Mitglieder des Administrationsrates. Schon früher war vom Kirchenrecht eine Aufsichtskommission für die Finanzverwaltung des Bistums und des Priesterseminars vorgeschrieben. Die Aufgaben dieser Kommissionen übernimmt in erweitertem Mass der Administrationsrat. Er wird gebildet aus den Herren: Grossrat P. Bruggmann, Chur, Präsident; Dr. A. Schärli, Zürich, Vizepräsident; Dr. C. Arquint, Sachseln und Lic. iur. J. Pelican, Generalvikar, Dr. J. Furrer, Offizial, Chur. Der Administrationsrat hat den Auftrag, den Bischof in allen finanziellen Fragen zu beraten und seine diesbezüglichen Aufträge auszuführen. Er ist verantwortlich für die Organisation der Bistumsverwaltung. Diese umfasst die Bistumsgebäude, Priesterseminar und Kathedrale. Sie stellt Antrag über Gehaltsfragen aller am Ordinariat oder Priesterseminar tätigen Geistlichen und Laien und befasst sich mit weiteren administrativen Aufträgen. Diese recht umfangreiche Arbeit hat der Administrationsrat in einer ganz-tägigen Sitzung, zum Teil unter Mitarbeit der Verwalter der bisherigen Verwaltungsabteilungen, mit vollem Einsatz begonnen. Das Ergebnis war eine erste Orientierung durch die Verwalter über ihren Aufgabenkreis, vor allem die Abrechnungen und den Geschäftsgang des letzten Jahres und er hat eine Aussprache gepflogen über die Gestaltung seiner Tätigkeit und die nächsten Ziele seines Auftrages festgesetzt.

## Landtagssitzung von gestern Mittwoch

LLB-Dotationskapital erstmals nicht aus den laufenden Einnahmen erhöht — In Sorge um die Reserven

Der Landtag kam in seiner öffentlichen Sitzung von gestern Mittwochvormittag nicht über das erste Arbeitstraktandum hinaus, nachdem sich die Abgeordneten um 9.00 Uhr zu einer Konferenzsitzung zusammengefunden hatten, die nahezu zwei Stunden dauerte. Wie man vernehmen konnte, waren die Konferenzgespräche in erster Linie ausserpolitischen Fragen gewidmet, wobei Regierungschef Dr. Hilbe den Landtag über verschiedene, aktuelle Fragen zur Aussenpolitik informiert haben soll. Die

Öffentliche Sitzung

begann ziemlich genau um 11.00 Uhr mit einem Tagesordnungsantrag des FBP-Fraktionssprechers Dr. Peter Marxer, der sich für die Bildung einer Aussenpolitischen Kommission des Landtages unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten aussprach. Dr. Marxer begründete seinen Antrag auf Bildung einer Fünferkommission mit den vielseitigen Problemen, denen sich Liechtenstein auf ausserpolitischem Gebiet gegenübersehe. Er betonte auch, dass die Bildung einer Kommission keineswegs das Informationsrecht des Plenums schmälern dürfe.

VU-Sprecher Roman Gassner erklärte sich mit dem Antrag Dr. Marxer einverstanden. Die Tagesordnung wurde sodann um diesen Punkt ergänzt.

Nach der Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 4. 6. 1970 eröffnete Landtagspräsident Dr. Karl Heinz Ritter die Arbeitssitzung mit dem Antrag der Fürstlichen Regierung auf

Erhöhung des Dotationskapitals der Liechtensteinischen Landesbank.

Gemäss Landesbankgesetz muss das Dotationskapital der Bank mindestens 8 Prozent der ausgewiesenen Fremdgelder ausmachen. Die aufstrebende Entwicklung der Landesbank führte bereits anfangs dieses Jahres zu einer Diskrepanz zwischen dem effektiven und dem gesetzlich vorgeschriebenen Dotationskapital. Die LLB hatte die Regierung mit Schreiben vom 10. April davon in Kenntnis gesetzt und eine Erhöhung des Dotationskapitals um 5 Millionen Franken beantragt. Die Fürstliche Regierung formulierte einen entsprechenden Antrag an das Parlament, wobei die 5 Millionen Franken aus dem Reservefonds entnommen werden sollten.

Als erster Redner ergriff der Abgeordnete Dr. Ernst Büchel das Wort: Er stellte fest, dass die beantragten 5 Millionen Franken nicht ausreichen, um das gesetzlich geforderte Minimum an Dotationskapital zu bedecken. Aufgrund der bekannten Zahlen aus der Bilanz der Landesbank müsste die notwendige Summe schon heute 6,1 Millionen Franken betragen. Angesichts der weitergehenden Entwicklung der Bank sei jedoch schon heute abzusehen, dass auch diese Summe in kurzer Zeit zu klein werde. Dr. Büchel beantragte daher, die beantragte Summe für die Ergänzung des Dotationskapitals der Bank auf 8 Millionen Franken festzusetzen.

Darüber hinaus stellte Dr. Büchel den Antrag, das Traktandum in drei Abstimmungspunkte aufzugliedern: Erstens die grundsätzliche Beschlussfassung über die Erhöhung des Dotationskapitals. Zweitens die Art der Finanzierung desselben und drittens die Festlegung des Zinssatzes.

Der Abgeordnete Dr. Peter Marxer sprach sich grundsätzlich für die Erhöhung des Dotationskapitals aus, um so mehr, als es sich hier um eine gesetzliche Notwendigkeit handle. Andererseits aber gab er seiner

Sorge über die Art und Weise der Bedeckung

Ausdruck. Dr. Peter Marxer zeigte sich besorgt über die Tatsache, dass die Erhöhung des Dotationskapitals erstmals seit 20 Jahren nicht mehr aus der laufenden Rechnung, sondern aus den frei verfügbaren Reserven finanziert werden! Liechtenstein habe frei verfügbare Reserven von 11 Millionen Franken, dazu einen Krisenfonds von 6 Millionen Franken und gebundene Rückstellungen von 16,5 Millionen Franken. Während Krisenfonds und gebundene Rückstellungen nicht frei verfügbar seien, habe man als einzige freie und sofort verfügbare Reserven den Fonds von 11,2 Millionen Franken. Dieser werde durch das jetzige Vorgehen der Regierung aber von einem Tag auf den anderen zum grössten Teil aufgeessen!

Es erscheine ihm denkwürdig, so meinte Dr. Marxer, dass man ausgerechnet in guten wirtschaftlichen Zeiten auf die Landesreserven zurückgreife und diese in der Landesbank binden wolle. Die jetzt noch frei verfügbaren Reserven, die wirklich für eine Notlage zur Hand

wären, seien mit ihrer Ueberweisung an das Dotationskapital der LLB gebunden. Dies habe man früher stets vermieden. Obwohl die Zeiten eher schlechter gewesen seien, habe man das Dotationskapital der Bank jeweils aus den laufenden Mitteln beschaffen können.

Der Abgeordnete Roman Gassner bezeichnete die Finanzpolitik der letzten Jahre insofern als einen Glücksfall, als man aufgrund der hohen Ueberschüsse stets dazu in der Lage gewesen sei, das Dotationskapital aus der laufenden Rechnung zu begleichen. Im Gegensatz dazu habe man jetzt endlich einmal einen festen Titel, dem das Geld entnommen werde.

Dr. Marxer hob noch einmal hervor, dass er in Sorge um die frei verfügbaren Reserven unseres Landes sei, die aufgrund solcher Bedeckungsvorschläge praktisch auf Null herabgesunken seien.

Der Abgeordnete Herbert Kindle war demgegenüber der Meinung, dass es letztlich gleichgültig sei, woher das Dotationskapital beschafft werde. Im übrigen klinge ihm die von Dr. Büchel beantragte Erhöhung des Regierungsantrages um 3 Millionen Franken gut in den Ohren.

Dr. Ernst Büchel unterstrich, dass sein Antrag lediglich darauf abziele, den gesetzlichen Forderungen Nachdruck zu verschaffen.

Regierungschef Dr. Hilbe wehrte sich gegen die Argumentation, dass man den Reservefonds ausschöpfe. Es handle sich hier, so sagte er sinngemäss, lediglich um eine Verschiebung der Reserven, wobei man nicht daran festhalten müsse, dass die Reserven unbedingt frei verfügbar und in bar vorhanden sein müssen.

Der Abgeordnete Herbert Kindle sekundierte den Regierungschef und bezeichnete die Anlage einer frei verfügbaren Reserve nicht mehr als zeitgemäss. Es entspreche veralteten Ansichten, so meinte der Abgeordnete Kindle, wenn man der Ansicht sei, man könne nur mit einem gut dotierten Sparbuch ruhig schlafen. Finanzpolitiker seien heute weitgehend anderer Ansicht. Im Gegensatz zur Aeufnung von Reserven hätte man in den früheren Jahren besser Anleihen aufgenommen.

Dr. Ernst Büchel fühlte sich als FBP-Abgeordneter geschmeichelt, wenn die VU-Fraktion heute glücklich darüber sei, dass die Regierungen Frick und Batliner dazu in der Lage

(Fortsetzung Seite 2)

## Jugendkriminalität: Auf neuen Wegen

Zur Schaffung der neuen Jugendsiedlung in Sevelen

Wie wir bereits ausführlich berichteten, entsteht in Sevelen eine Modellanstalt für straffällige und betreuungsbedürftige Jugendliche. Das von Architekt Werner Gantenbein, Buchs und Zürich, projektierte Gemeinschaftswerk Schweiz/Liechtenstein schliesst im Anstaltswesen eine empfindliche Lücke.

Die Abklärung des charakterlichen Zustandsbildes und die erste psychiatrische, pädagogische und berufskundliche Erfassung erfahren die Jugendlichen in der geschlossenen Abteilung. Während dieser Beobachtungsphase geniessen die Burschen Unterricht in einer Werkstätte und werden intern beschäftigt. Das Ziel des Erziehungsstabes wird die raschmögliche Ueberführung in die offenen Anstaltspavillons und die externe Lehr- oder Anlehrausbildung sein. Zur Ueberwindung der negativen Lebenshaltung soll eine vielseitige Freizeitgestaltung, verbunden mit intensiver sportlicher Betätigung beitragen. Geeignete Räume zur Pflege des Gemütslebens und attraktive Sportanlagen sind zur Förderung der Selbstdisziplin und des Gemeinschaftsgeistes geplant. Aufgrund der Erhebungen bei den zuständigen Einweisungsbehörden ist mit einer Belegung von 60 bis 70 Plätzen zu rechnen.

Im Hinblick auf die bereits eingetroffenen Aufnahmegesuche von Eltern erziehungsschwieriger und gefährdeter Jugendlicher wird nun ab 1. Oktober 1970 ein

Beratungsdienst

aufgebaut. Ueber Telefon (085) 5 54 58 können ratlose Eltern diese Hilfe in Anspruch nehmen. Dieser öffentliche Beratungsdienst wird nach Inbetriebnahme der Jugendanstalt fortgeführt. Die Dringlichkeit zur Schaffung der neuen Erziehungsstätte ist unbestritten. Um rasch zum Ziel zu gelangen, wählen die Initianten die private Trägerschaft. Trotz namhafter staatlicher Subvention sind beachtliche Eigenleistungen zu erbringen, weshalb wir für finanzielle Beiträge auf Konto 90-1900 St.Gallische Kantonalbank, Buchs, äusserst dankbar sind. Ebenso freuen wir uns, wenn unser Verein durch den Beitritt möglichst vieler Mitglieder gestärkt wird. Anmeldungen nimmt der Verein Jugendsiedlung in Sevelen gerne entgegen. Die erste Mitgliederversammlung findet am

Samstag, 26. September, 15.00 Uhr im Hotel Drei Könige in Sevelen

statt. Zu diesem mit einem aktuellen Referat verbundenen Anlass ist jedermann freundlich eingeladen.

Unserem Patronatskomitee haben sich folgende Persönlichkeiten angeschlossen: Ihre Durchlaucht Fürstin Gina von Liechtenstein, Schloss Vaduz; Nationalratspräsident Mathias Eggenberger, St.Gallen; Nationalrat Dr. Raymond Broger, Appenzell; Regierungsrat Hans Stiffler, Chur; Bischof Josephus Hasler, Kloster, St.Gallen, Evang. Kirchenrat des Kantons St.Gallen; Pfarrer Dr. Heinrich Berger, Gretschins; Dr. Jörg Widmer, Chefarzt, Spital Grabs; Christian

Beusch, Ingenieur, Schaan; Dr. C. Caroni, Industrieller FFA, Altenrhein; Dr. Paul Steiner, Kantonsrat, St.Gallen; Robert Gartmann, Kantonsrat, Bad Ragaz; Dr. Pierre Leuch, Chef Rechtsdienst ACS, Bern; Jakob Schuhmacher, Bezirksammann, Buchs; Hans Zindel, Industrieller, Metallwerk, Buchs; Dr. Ruedi Schatz, Bezirkspräsident Pro Juventute, St.Gallen; Dr. Städeli, Kinderpsychiater, St.Gallen; Dr. Heidi Seiler, Amt für Jugendvorsorge, St.Gallen; Frau Regierungsrat Charlotte Frick, St.Gallen; Lyceumclub des Kantons St.Gallen; Walter Lerch, Sozialarbeiter, Frauenfeld; Lionsclub Unterrheintal; Robert Brocker, Gemeindeammann, Wattwil; Frau Professor Jöhr, St.Gallen; Toni Hilti, Industrieller, Schaan; Frau Professor Baumann, Temde AG, Sevelen; Professor Dr. Dr. Auwärter, Industrieller, Balzers; Regierungsrat A. Vogt, Balzers und Professor Dr. Jürgen Baumann, Strafrechtler, Universität Tübingen/Sevelen.

Privatkonto plus SWISS CHEQUE führen zur

Verwaltungs- und Privat-Bank AG Vaduz